



Hallo, ich wünsche einen schönen guten Tag, mein Name ist Klaus Waldmann und ich spreche heute zu Ihnen über Geschichte und Praxis aufsuchender politischer Bildung.

Seit ca. 10 bis 15 Jahren haben in den Debatten um politische Bildung aufsuchende Formate einen hohen Stellenwert. Das lässt sich auch daran ablesen, dass von der Bundeszentrale für politische Bildung und einzelnen Landeszentralen spezielle Förderprogramme aufgelegt wurden, um dieses Konzept zu stärken. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, dass z.B. in Quartieren, in denen Menschen in schwierigen sozialen Verhältnissen leben, die Beteiligung an demokratischen Wahlen erschreckend gering ist. Gegenwärtige aufsuchende Ansätze der politischen Bildung sind mit enormen Erwartungen verbunden.

Ich interessiere mich jedoch weniger für die aktuellen Konzepte. Mein Blick richtet sich auf die Geschichte mobiler Angebote politischer Jugendbildung im Zeitraum von 1945 bis in die 1990er Jahre. Was waren jeweils die Motive, unterschiedlichste Lernorte außerhalb von Bildungsstätten für die politische Bildung aufzusuchen und Bildungsprozesse zu arrangieren? Welche Ziele standen dabei im Vordergrund? Welche Formate bestimmten die Praxis?

Aus Zeitgründen ist es hier nicht möglich, alle Facetten einer langjährigen Entwicklung im Detail darzustellen. Ich werde jedoch verschiedene Phasen markieren und einige exemplarische

Einblicke in die Praxis aufsuchender politischer Jugendbildung geben. Ich werde zeigen, auf welchen Vorläufern der aktuelle Trend aufbaut.

Kurz zu meinem persönlichen Hintergrund: Seit 1973 war ich hauptamtlich - davor schon als ehrenamtlicher Teamer – in der außerschulischen politischen Jugendbildung tätig. Nach einem Studium der Sozialpädagogik zunächst als Jugendbildungsreferent an der Evangelischen Akademie Bad Boll, anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter und schließlich als Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Ein zweites Studium habe ich in Erziehungswissenschaft und Politik abgeschlossen. Im Ruhestand befasse ich mich mit der Geschichte der außerschulischen politischen Jugendbildung.

### ***Eine Annäherung an das Konzept aufsuchende politische Bildung***

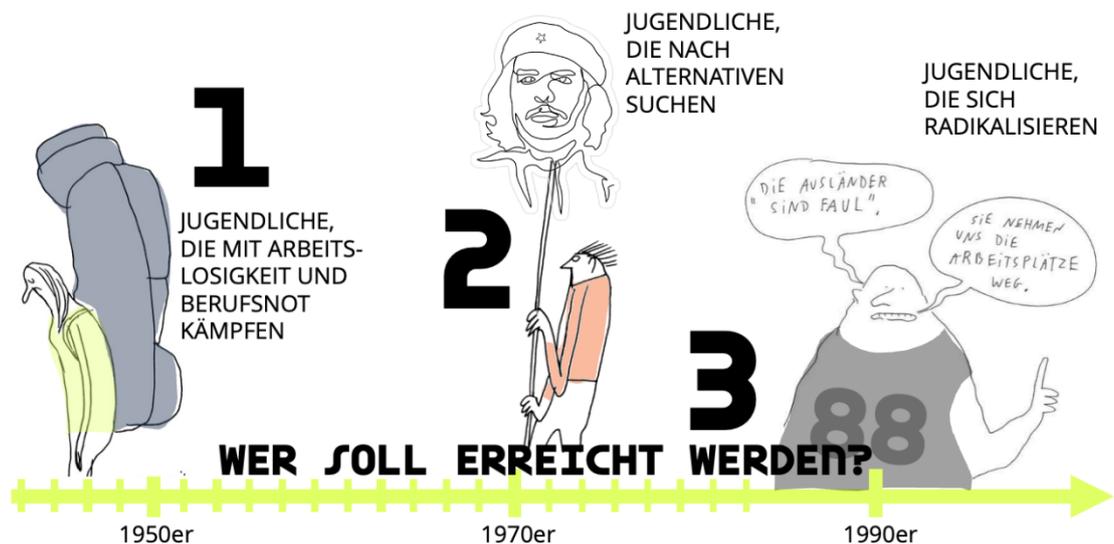
Aus meiner Sicht ist es das vorrangige Ziel aufsuchender politischer Bildung Gelegenheiten politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in der Lebenswelt potenzieller Teilnehmenden zu schaffen. Sie will mit adäquaten Formaten Kinder, Jugendliche und Erwachsene ansprechen, die aus unterschiedlichen Gründen konventionelle Angebote politischer Bildung nicht wahrnehmen, davon ausgegrenzt sind oder sich ausgegrenzt fühlen. Die Gründe dafür sind milieubedingte Hindernisse, kulturell gewachsene Blockaden, ideologische Schranken, ökonomische Faktoren und/oder räumliche Distanzen. Aufsuchende politische Bildung kooperiert in der Regel mit Einrichtungen und Initiativen, die in der Lebenswelt der potenziellen Teilnehmenden verankert sind. Sie ist bestrebt, längerfristige Bildungsprozesse zu initiieren und Gestaltungskompetenzen zu vermitteln. Interessen der Teilnehmenden, der Kooperationspartner und der Träger politischer Bildung fließen in die jeweilige Praxis ein.

Überlegungen zur Entwicklung aufsuchender Konzepte sind vor allem von folgenden Fragen geleitet: Wer soll mit Angeboten politischer Bildung erreicht werden? Nehmen wirklich diejenigen diese Angebote wahr, die politische Jugendbildung erreichen will? Welche Rahmenbedingungen, Konzepte und welche Formate der politischen Jugendbildung sind geeignet, Jugendliche und Erwachsene aus unterschiedlichen Milieus und sozialer Lage zu gewinnen, sich auf Prozesse politischer Bildung einzulassen und dabei mitzuwirken? Welche Formen einer Kooperation und Vernetzung sind dabei hilfreich?

Zwei Vorbemerkungen will ich vorausschicken:

1. Vorbemerkung: Die Frage, ob die politische Jugend- und Erwachsenenbildung mit ihren Angeboten die „Richtigen“ erreicht, gehört untrennbar zu ihrer Geschichte. Sie wird

ausgehend von jeweils aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, auf der Grundlage eigener Ansprüche der politischen Bildner:innen, jedoch meist abhängig von Erwartungen und Vorgaben derjenigen, die politische Bildung fördern, gestellt. Beispielsweise stand in den 1950er Jahren im Vordergrund, Jugendliche zu erreichen, die mit Arbeitslosigkeit und Berufsnot zu kämpfen haben. Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre galt das besondere Interesse Jugendlichen, die angesichts hoher Arbeitslosigkeit und vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Wertewandels nach Alternativen zu den herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen fragten. Gegenwärtig geht es besonders um Jugendliche, die drohen in rechtsextreme Milieus abzuwandern oder in Gefahr stehen, sich zu radikalisieren.



2. Vorbemerkung: Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf Entwicklungen von Jugendarbeit, Jugendbildung und politischer Bildung nach dem Zweiten Weltkrieg in den drei westlichen Besatzungszonen, in denen die Militärgouverneure der USA, von GB und Frankreich regierten sowie die Geschichte politischer Jugendbildung in der BRD bis ca. zu den 1990er Jahren. Wie sich Jugendarbeit und politische Bildung in der sowjetisch besetzten Zone und der früheren DDR entwickelten, bedarf eines eigenen Beitrags. Die Schilderung der verschiedenen Beispiele müsste eigentlich auch durch Analysen zu Lebenslagen von Jugendlichen und der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Konflikte und Entwicklungen in diesem Zeitraum gerahmt werden, doch das ist hier nicht zu leisten.

## **Zur Geschichte aufsuchender politischer (Jugend-)Bildung**

Die Geschichte aufsuchender Ansätze politischer Jugendbildung lässt sich für den Zeitraum bis Ende der 1990er Jahre in drei Phasen unterscheiden:



### *1. Gelegenheiten politischer Jugendbildung in der Lebenswelt Jugendlicher schaffen (bis Anfang der 1950er Jahre):*

Die Anfänge politischer Jugendbildung nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland erfolgten unter der Herrschaft der vier Besatzungsmächte: USA, GB, Frankreich und Sowjetunion. Diese hatten vereinbart, die zwingend notwendige Entnazifizierung der Bevölkerung mit einer Re-Education/Umerziehung mit demokratischer Bildungsarbeit bzw. einer Bildung zur Demokratie zu verbinden. Aufgrund der negativen Konnotation dieses Begriffs wurde schon bald von Re-Orientierung gesprochen. Auch für Jugendarbeit und Jugendbildung waren diese Vorgaben maßgebend. Es ging um demokratische Erziehung, FairPlay und Citizenship, also um die Demokratisierung der deutschen Jugendlichen. In der sowjetisch besetzten Zone folgten die entsprechenden Konzepte der Idee, einen neuen Menschen als sozialistische Persönlichkeit zu bilden.

Schon bald nach dem Ende des Krieges gab es auf lokaler Ebene vielfältige Initiativen, trotz immenser sozialer Probleme und kaum zu bewältigenden Ernährungsproblemen, für Jugendliche Möglichkeiten zu schaffen, sich zu treffen. In den Westzonen erhielten Kirchen und Sportvereine schon ab Juni/Juli 1945 sukzessive Genehmigungen für den Aufbau von Jugendgruppen. Andere Jugendverbände folgten, an politischer Arbeit orientierte Gruppen, die

wieder oder neu gegründet wurden, vergleichsweise später. In der Praxis übernahmen meist Personen, die bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 in den zahlreichen Gruppierungen der bürgerlichen Jugendbewegung oder der Arbeiterjugendbewegung aktiv waren, die Initiative.

Die Militärregierungen in den Westzonen – wahrscheinlich auch in der sowjetischen Zone – waren der Überzeugung, dass die politische Bildung sich vor allem an die Gruppe der 16- bis 30-Jährigen richten sollte. Die Alliierten befürchteten, dass eine Generation, die ihre Sozialisation vollständig unter der Indoktrination der Nationalsozialisten erlebt hatte, besonders dazu motiviert war, mit Sabotage-Aktionen (Werwolf) gegen die Besatzungsmächte zu kämpfen. Politische Bildung war in den Augen der Besatzungsmächte also die wichtigste und gleichzeitig schwierigste Aufgabe der Zeit, auch weil sich junge Menschen aus Enttäuschung, aus Apathie oder auch aus Vorsicht kaum mit politischer Bildung ansprechen ließen.

In den ersten Nachkriegsjahren fanden Veranstaltungen politischer Jugendbildung in provisorisch zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten statt. Wenige Liegenschaften, die während der Zeit des Nationalsozialismus von der Hitlerjugend genutzt worden waren, wurden für diese Aufgaben deutschen Akteur:innen von den Militärregierungen überlassen (ab 1946 wurden Jugendhöfe=Jugendbildungsstätten gegründet). Die insgesamt fragile Infrastruktur erforderte jedoch, neue Wege zu finden, um andere Lernorte für die politische Jugendbildung zu schaffen.

So wurde z.B. in der britischen Zone in Zusammenarbeit von britischen und deutschen Behörden eigenständige Jugendclubs gegründet, um Jugendliche anzusprechen, die von den lizenzierten Verbänden nicht erreicht wurden. Grundlegendes Prinzip war, dass die Jugendlichen dem Club eine demokratische, partizipative Struktur gaben. Sie sollten das Programm der Treffen selbst bestimmen und z. B. dabei lernen, demokratische Entscheidungen zu treffen. Aus der Sicht der Initiatoren war dies ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Staatsbürger. Die Treffen der Clubs waren eine Kombination von Begegnungen zwischen den Jugendlichen und der Beschäftigung mit jeweils aktuellen Themen.

Nach vorliegenden Berichten fand eine Beschäftigung mit der unmittelbaren Vergangenheit nur sehr zurückhaltend und in wohl dosierten Impulsen statt. Überwiegend sahen sich die Jugendlichen nicht von persönlicher Schuld belastet und im Rückblick sei am Nationalsozialismus nicht alles schlecht gewesen, war eine herrschende Einstellung.

Die Clubs trafen sich üblicherweise in den Sitzungsräumen der kommunalen Gremien. Ihre Lebensdauer überschritt jedoch nur in wenigen Fällen den Zeitraum von zwei Jahren. Einerseits waren die Vorbehalte der Jugendlichen gegenüber der gewählten Struktur relativ groß und zum

anderen scheint mir, dass sie, wenn die soziale Situation der Zielgruppen berücksichtigt wird, dann doch zu eng an einen formalen politischen Kontext angelehnt waren (vgl. Boll 1995).

Die Situation Jugendlicher war in den ersten Nachkriegsjahren bis weit in die fünfziger Jahre durch Flucht, Wohnungslosigkeit, Verlust von einem oder beiden Elternteilen und Arbeitslosigkeit geprägt. Politisch war eine zentrale Aufgabe der Zeit, Unterbringungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen. Zahlreiche Wohnheime für Jugendliche wurden eingerichtet oder neu gebaut. Hier übernahmen Akteur:innen politischer Jugendbildung die Initiative und schufen in diesen Einrichtungen Gelegenheiten für Jugendliche sich regelmäßig – z.B. wöchentlich – zu treffen, um über persönliche und politische Fragen zu diskutieren. Politische Jugendbildung begab sich an den Ort, an dem sich Jugendliche überwiegend aufhielten.

Dabei bildeten sich Kerngruppen, die sich – wie in den bereits erwähnten Jugendclubs – Strukturen der Mitbestimmung gaben und sich als demokratisches Lernfeld verstanden. Dieser in den ersten Jahren der Nachkriegszeit entstandene Arbeitsansatz wurde bis weit in die 1950er und 1960er Jahre fortgeführt und ausgebaut. Ab den 1950er Jahren war dieses Format vor allem in den Lehrlingswohnheimen zu finden, in denen Jugendliche lebten, die in Großbetrieben eine Ausbildung machten. Hier wurden Erfahrungen in der Berufsausbildung und in der Arbeitswelt sowie die Rolle von Lehrlingen in Betrieben und Berufsschulen zu einem zentralen Thema. Diese Gruppen trafen sich in ihrer freien Zeit, so dass in Verbindung mit den Aktivitäten immer auch Freizeit- und Entspannungsbedürfnisse (aus)gelebt worden sind.

Aus heutiger Sicht ist dieses Format als enge Kooperation zwischen Jugendsozialarbeit und politischer Jugendbildung zu bezeichnen.



Nun zu einem anderen Format: Gewerkschaftliche, sozialistische und kommunistische Organisationen aber auch die evangelischen und katholischen Kirchen ergriffen bald nach Kriegsende Initiativen, um politische Bildung insbesondere für Industriearbeiter:innen zu organisieren. Es gab klassische gewerkschaftliche Seminare, Schulungen in Politischer Ökonomie und Tagungen zu sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Themen. In diesem Kontext wurde von der Industrie- und Sozialarbeit der Evang. Kirche ein Ansatz einer betriebsbezogenen, aufsuchenden politischen Bildung aufgebaut.

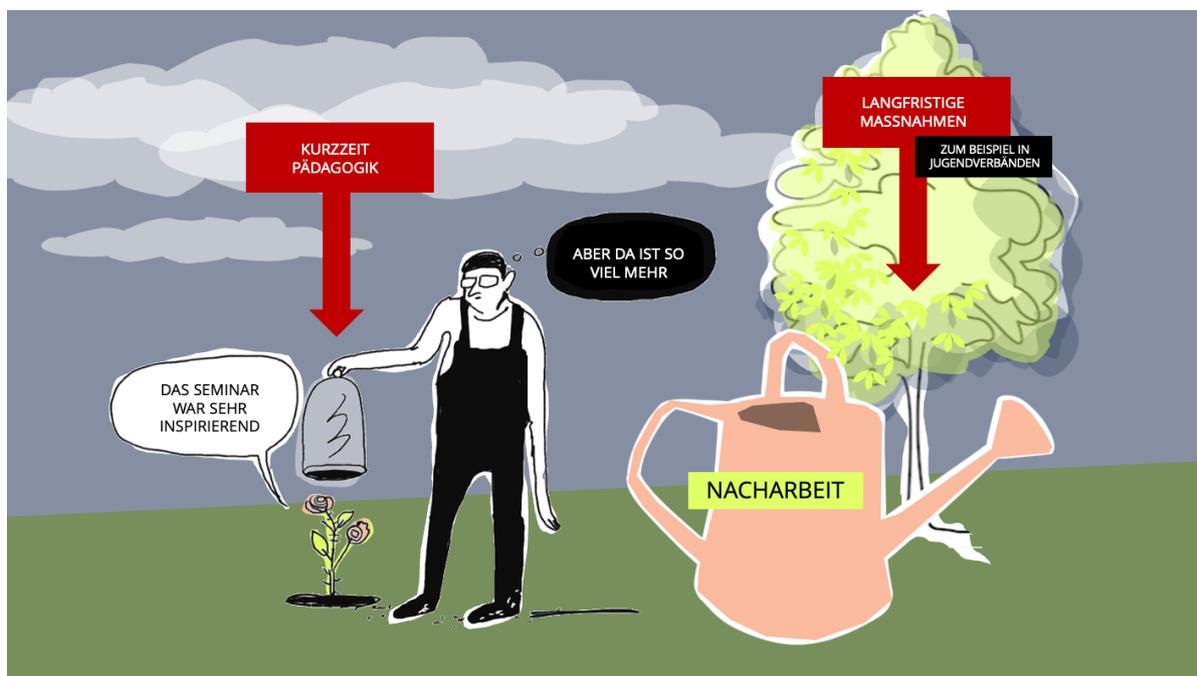
In Württemberg wurden Beschäftigte größerer Betriebe (z.B. Bosch und Daimler-Benz) eingeladen, sich regelmäßig in einem Arbeitskreis zu treffen. Als Orte für die Treffen wurden Nebenräume einer Gaststätte ausgewählt, die sich möglichst nahe vor dem jeweiligen Betriebstor befand. Die Treffen fanden monatlich statt. Es wurden auch Jugendgruppen gegründet. Dieses Format dominierte die Bildungsarbeit mit Industriearbeiter:innen in dieser Region im Zeitraum von Anfang bis Mitte der 1950er Jahre (vgl. Ermert 1996).

Mitarbeiter:innen der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit hatten die Aufgabe, die Verantwortlichen der Arbeitskreise bei Tagungen regelmäßig zu qualifizieren. Die Intention war, die Arbeit von Betriebsräten zu unterstützen und die Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und der Kirche zu verbessern. Den Trägern war es wichtig, dass die Mitglieder der Arbeitskreise weiterhin in der Gewerkschaft aktiv waren.

Inhaltlich standen Erfahrungen und Probleme in den Betrieben, Aspekte der evangelischen Soziallehre, die Auseinandersetzung mit Marxismus und Kommunismus und Fragen der Sozialpolitik im Mittelpunkt. Außerdem wurden Rednerschulungen durchgeführt (vgl. Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in Württemberg 1952)

## 2. Strukturen einer längerfristig angelegten politischen Jugendbildung aufbauen (ab Mitte der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre)

Die Frage der Nacharbeit im Anschluss an Tagungen und Seminare hat eine herausragende Bedeutung in Berichten über politische Jugendbildung aus den 1950er und 1960er Jahren. Offensichtlich war man sich der Grenzen kurzzeitpädagogischer Angebote bewusst. Vermutlich spielten auch die Erfahrungen wichtiger Akteur:innen mit längerfristig angelegten Formen der Jugendgruppenarbeit in Jugendverbänden bzw. in der bündischen Jugendbewegung in der Zeit der Weimarer Republik eine Rolle. (Zum Stichwort Kurzzeitpädagogik ist allerdings festzuhalten, dass es in den 1950er und noch bis in die 1970er Jahren durchaus üblich war, dass Seminare mit Jugendlichen oder Zeltlager zwischen 5 und 14 Tagen oder länger dauernden.)



In den Berichten über Jugendarbeit in der Industrielwelt aus den 1950er Jahren werden als zentrale Elemente der Arbeit beschrieben: Zeltlager, Tagung und Ortsarbeit. Zeltlager waren als beteiligungs- und bildungsorientierte Veranstaltungen an attraktiven Orten während der Urlaubszeit der Jugendlichen konzipiert. Tagungen waren ein mit aktivierenden Methoden angereichertes Angebot mit Referaten, Vorträgen und Gruppenarbeit, deren Themen mit

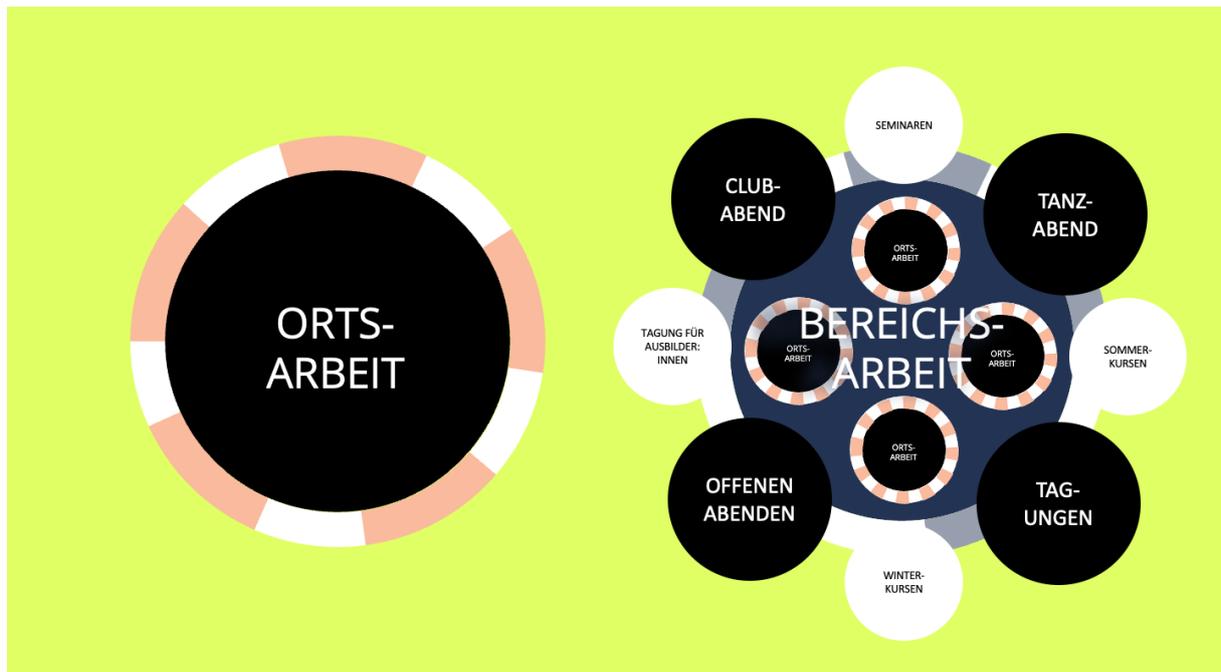
interessierten Jugendlichen vorab abgesprochen wurden. Die Ortsarbeit war ein Format der kontinuierlichen Begleitung von Jugendlichen, die an Zeltlagern und Tagungen teilgenommen hatten, wobei weitere Jugendliche vor Ort zur Beteiligung aktiviert werden sollten. Insgesamt waren die Verantwortlichen überzeugt, dass von den Tagungen allein keine entscheidenden Wirkungen zu erwarten waren. Erst im Rahmen eines Gesamtkonzepts seien sie sinnvoll.

Zwar richtete sich die Ortsarbeit als wichtiges Element vorrangig an die Teilnehmenden der Zeltlager und Tagungen, doch darüber hinaus sollten weitere Jugendliche gewonnen werden, um den Wirkungsbereich der Arbeit zu erweitern. Geworben wurde in Schulklassen an Berufsschulen, mit Ansprachen bei Betriebsversammlungen und in Lehrwerkstätten, mit Handzetteln und der Verteilung von Einladungen über Jugendvertreter:innen und Klassensprecher:innen. Für die Arbeit vor Ort waren Teamer zuständig, die über ein bundesweites Jugendarbeitsprogramm des Bundesjugendplans für Studierende finanziert wurden. Zum Konzept gehörte, dass die Teamer für eine bestimmte Zeit an den Wohnorten der Jugendlichen lebten.

Die Arbeitskreise selbst bezeichnete man als informell-dynamische Gruppen, die sich je nach Interessen in verschiedene Untergruppen aufteilten. Die Treffen fanden in Nebenräumen von Gaststätten oder auch in Wohnräumen der Teamer statt. Informell-dynamisch bedeutet, dass die Arbeitskreise keine ständigen Mitglieder hatten, es herrschte eine gewisse Fluktuation bei den Treffen. Meist bildete sich eine Kerngruppe, die sich partizipativ um die inhaltliche Gestaltung der Treffen kümmerte. Die Treffen des Arbeitskreises und auch der Untergruppen waren von zwanglosen Gesprächen z.B. über Wohnungssorgen, Lebensplanung, Kindererziehung, Beziehungen und Sexualität, Freizeitgestaltung, politische Tagesereignisse und betriebliche Erfahrungen geprägt. Wenn Bedarf bestand, wurden auch Kontakte zu Tanzlehrer:innen hergestellt, die einen Tanzkurs für Mitglieder des Arbeitskreises anboten. Politische Debatten wurden meist von den Teamern angestoßen. Insgesamt war das Ziel, die alltägliche Lebenswelt der Jugendlichen zu analysieren und ihnen transparent zu machen sowie dazu beizutragen, individuellen Rückzug und eingeschränkte Lebensperspektiven zu überwinden. Vor allem sollte ihnen Möglichkeiten eröffnet werden, ihr eigenes Leben in der Industriegesellschaft zu gestalten. Die Jugendlichen sollten sich ihrer gesellschaftlichen Situation bewusst und dazu ermutigt werden, sich in Betrieb und Umwelt zu engagieren.

Als Mitte bis Ende der 1950er Jahre die Mittel für politische Jugendbildung im Bundesjugendplan deutlich erhöht wurden, waren Voraussetzungen geschaffen, mehr Jugendbildungsreferent:innen hauptamtlich anzustellen. Das Konzept der Ortsarbeit wurde zur

Bereichsarbeit in einer Region ausgebaut und in einem System von Clubabenden, vierteljährlichen Tanzabenden, Wochenendtagungen, offenen Abenden, Abendseminaren, Wochenkursen, Sommer- und Winterkursen (10-14 tägig) sowie Tagungen für Ausbilder:innen erweitert und fortgeführt (vgl. Weller o.J. (1964):47ff.). Vergleichbare Arbeitsansätze gab es auch bei anderen Trägern politischer Jugendbildung wie Arbeit und Leben, AKSB, Arbeitskreis deutscher Bildungsstatzen usw.



### *3. Jugendliche und Erwachsene in besonderen Lebenslagen mit politischer Bildung erreichen (ab Mitte der 1970er Jahre)*

Erst ab den 1970er Jahren finden sich in der Literatur zur politischen Jugendbildung wieder mehr Beiträge zu Ansätzen aufsuchender Arbeit. Hintergrund war, dass Mitte des Jahrzehnts die Arbeitslosigkeit Jugendlicher deutlich anstieg und Schulabgänger:innen – insbesondere aus Haupt- und Sonderschulen – massive Probleme hatten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Als Reaktion auf diese Entwicklung legte das Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit ein Modellprogramm zur Förderung politischer Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche auf.

Mit zahlreichen Projekten beteiligten sich Träger politischer Jugendbildung an diesem Modellprogramm und realisierten mit einer Laufzeit von jeweils drei Jahren im Zeitraum von insgesamt sechs Jahren zahlreiche aufsuchende Ansätze. Auf einige Beispiele gehe ich jetzt näher ein:

Das Projekt von Arbeit und Leben Hessen im Quartier Frankfurter Berg in Frankfurt/Main startete mit Gesprächen mit Sozialarbeiter:innen, die im Stadtteil bzw. in benachbarten Quartieren arbeiteten. Es folgte eine Stadtteilanalyse, die sich mit Sozialstruktur und Wohnverhältnissen im Quartier, mit der Lebenslage Jugendlicher, mit Cliquenstrukturen und mit den Angeboten für Jugendliche befasste. Kontakte zur Vertreter:innen sozialer Einrichtungen und Schulen wurden aufgenommen. In einer ersten Phase wurden Seminare zu Problemen der Lehrstellensuche, zu Rechten von Lehrlingen und Bewältigungsstrategien von Arbeitslosigkeit mit Schüler:innen aus Abgangsklassen von Sonder-, Haupt- und Realschulen durchgeführt. Es gelang im Quartier eigene Räume zur Verfügung gestellt zu bekommen. Gemeinsam mit Jugendlichen wurden die Räume renoviert. Sie wurden der Ort, an dem sich regelmäßig mehrere Arbeitsgruppen trafen: Die Wohngruppe beschäftigte sich mit den Wünschen der Jugendlichen selbständig zu werden. Die Fahrradgruppe befasste sich mit menschenfreundlicheren Formen des Verkehrs am Beispiel des „Kommunalen Fahrrads“, die Energiegruppe fragte nach alternativen Lebensbedingungen und baute z.B. Sonnenkollektoren und in der Mädchengruppe standen geschlechterbezogene Themen im Zentrum. Schließlich wurde versucht, Eltern und Mieter in die Bildungsarbeit einzubeziehen, um sich zusammen mit den Lebensbedingungen im Sozialraum und Verbesserungen der Verhältnisse im Quartier auseinanderzusetzen. Eine Gruppe arbeitsloser Jugendlicher baute schließlich eine Beschäftigungsinitiative auf, die anbot, Wohnungen zu renovieren. Sämtliche Aktivitäten der Arbeitsgruppen waren auf Wirkungen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. Roth 1980; Projektgruppe Frankfurter Berg 1981).

Ein weiteres Beispiel: Nach Gesprächen eines Jugendbildungsreferenten der Ev. Akademie Bad Boll mit Mitarbeitenden der Gesellschaften für mobile Jugendarbeit in Stuttgart fiel die Entscheidung für ein gemeinsames Projekt im Stadtteil Stuttgart-Rot. Die Realisierung des Vorhabens lehnte sich an das Arbeitsprinzip der mobilen Jugendarbeit an, mit einer Clique von Jugendlichen aus dem Stadtteil über einen längeren Zeitraum zu arbeiten. Jugendliche aus einer Clique wurden bei einem Stadtteilfest im Park des Stadtteils mit verschiedenen Aktionen angesprochen, bei denen es auch kleine „Preise“ zu gewinnen gab. Der Einladung an die Clique nach dem Stadtteilfest ins Clubhaus des Kooperationspartners folgte zunächst lediglich ein Jugendlicher. Er sollte wohl erkunden, was man sich als Clique davon versprechen kann, sich auf das Projekt einzulassen. Zum zweiten Termin trafen dann alle zu dem Zeitpunkt aktuellen Mitglieder der Clique im Clubhaus ein und nach wechselseitigem Kennenlernen und dem Austausch über Erwartungen wurde aus den Mitgliedern einer Clique ein partizipativ strukturierter Club. Ein Aspekt dabei war sicherlich, dass die Jugendlichen damit einen Anspruch auf einen wöchentlichen Abend im Clubhaus hatten und auch das wöchentliche

Treffen – jeweils am Freitagabend – aller im Clubhaus beheimateten Clubs im Wechsel mitgestalten konnten. Für die Treffen am Freitagabend wurde abwechselnd von einer Kochgruppe Essen zubereitet und anschließend bzw. parallel war Disco.

Die wöchentlichen Treffen des Clubs waren einerseits der Raum, in dem alle Aktivitäten für die auf drei Jahre angelegte Arbeit gemeinsam geplant wurden und andererseits waren sie der Raum für informelle Treffen, an denen meist über alltägliche Erlebnisse der Jugendlichen, aktuelle politische Ereignisse geplaudert oder auch nur gemeinsam gespielt wurde. Die Arbeit mit dem Club folgte der Intention, die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung oder weiterführende Schulen zu begleiten und das Konzept einer lebensweltbezogenen politischen Bildung zu realisieren. Praktisch bedeutete das Clubabende, mit Projekttagen im Stadtteil, mit Seminaren in Bildungsstätten, mit Exkursionen, mit Fahrten in den Sommerferien und mit Besuchen anderer Projekte eines bundesweiten Projekts zu kombinieren. Themen für die Seminare und gelegentlich für die Clubabende sowie Ziele für Exkursionen wurden überwiegend quasi nebenbei in Gesprächen an Clubabenden gefunden, über Orte und Programm der Fahrten in den Sommer- oder Weihnachtsferien wurde in Planungsrunden entschieden. Inhaltlich ging es um Organisation und Mitbestimmung im Club und Clubhaus, um Analysen mit Video und Foto im Stadtteil und benachbarten Quartieren, um berufliche Orientierungen und Erfahrungen in der Schule, um sämtliche lebensphasenbezogenen Fragen der Jugendlichen und um aktuelle politische Entwicklungen sowie Möglichkeiten, eigene Interessen zu vertreten (vgl. Waldmann 1980).

Ein Beispiel aus einer ländlichen Region: Die Mitarbeitenden der Evangelischen Bildungs- und Freizeitstätte Kastellaun im Hunsrück betrachteten die Effekte von kurzzeitpädagogischen Seminaren mit arbeitslosen Jugendlichen als völlig unzulänglich. Sie richteten einen Treffpunkt für Jugendliche in der Kreisstadt ein. Doch es zeigte sich sehr schnell, dass der Treff kein Angebot für Jugendliche aus den umliegenden Dörfern war. Die Mitarbeitenden entschieden sich, nach Treffpunkten junger Menschen in den Dörfern zu recherchieren. Es zeigte sich, dass es in mehreren Dörfern sogenannte „Backesclubs“ gab. Der Name der Clubs leitete sich von den vormals von der Dorfgemeinschaft genutzten Backhäuschen ab, deren leerstehende Räume von den Kommunen der „Dorfjugend“ für ihre Treffen überlassen worden waren.

In Gesprächen mit den Jugendlichen und Vertretern der Kommunen wurde schnell deutlich, dass es um diese Treffpunkte in den Gemeinden häufig Stress wegen Lärmbelästigung und in Hinblick auf Sauberkeit und Ordnung in den Räumen gab. Zudem beschwerten sich die örtlichen Vereine, dass die Jugendlichen eigene Räume erhielten und dadurch nur wenige Mitglied in

Vereinen wurden. Außerdem ließen die Jugendlichen erkennen, dass ihre Interessen über regelmäßige Treffen in der „Ersatzkneipe“ und gelegentlichen Partys hinausreichten.

Vor diesem Hintergrund wurde das Konzept von Treff-Mobil als lebensweltorientierte politischer Jugendbildung erarbeitet. Ein zentraler Aspekt für die Jugendlichen war, dass die Bildungsarbeiter:innen anerkannten, dass die Jugendlichen ihre Freizeit im Club verbringen. Doch ebenso wichtig war ihnen, dass sie bei der Vertretung ihrer Interessen in der Kommune und dabei, den Backesclub in der Kommune zu etablieren, unterstützt wurden. Wichtige Schritte waren, dass die Clubs sich eine partizipative Struktur gaben, dass Verträge mit den Kommunen über die Nutzung der Räume abgeschlossen und Regeln für die Nutzung vereinbart wurden. Bei den Treffen mit den Bildungsarbeiter:innen in den Clubs entstanden Ideen zur Beschäftigung mit Themen, die die Jugendlichen interessierten, zu Veranstaltungen in der Gemeinde sowie Vorschläge von Themen zu Wochenendseminaren – auch gemeinsam mit den Clubs aus den Nachbargemeinden. Treff-Mobil förderte die Selbstorganisation der Jugendlichen, regte die Beschäftigung mit aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen an und beriet die Jugendlichen in ihren Gestaltungsansprüchen in der Kommune (vgl. Schlicht 1981).

Einige weitere Formate sollen nur noch stichwortartig erwähnt werden. Aus Bildungsurlaubsveranstaltungen für Arbeitslose entstanden in Bremen und an anderen Orten Treffs für Arbeitslose, die ihre Bildungsarbeit selbst organisierten (vgl. Beil 1984). In Augsburg wurde in der Nähe von Haupt- und Berufsschulen ein Info Lad'n eingerichtet, in dem sich in der Mittagspause Schüler:innen trafen, in dem Tagesveranstaltungen stattfanden und aus den Treffen in der Mittagspause gingen Ideen für Seminare hervor (Hüller/Schneider 1983). In Frankfurt/Höchst richteten verschiedene Bildungsträger vor den Toren eines Großbetriebs ein Jugendzentrum für die Auszubildenden ein, um eine längerfristig angelegte Arbeit mit Teilnehmenden von Bildungsurlaubsveranstaltungen zu ermöglichen.

Ich hoffe, ich konnte zeigen, dass die politische Bildung mit enormer Kreativität vielfältige Ansätze einer aufsuchenden Arbeit im Lauf der Zeit entwickelt hat. Ein wichtiges Merkmal ist dabei, dass aufsuchende Formate meist mit Formaten in Bildungsstätten kombiniert wurden. Zudem musste politische Bildung auf offene Lernsituationen einlassen. Allerdings ist festzuhalten, dass viele dieser Formate in der Frühphase der Entwicklung dieses Arbeitsfeld und nur auf Grundlage einer großzügigen Auslegung von Förderrichtlinien realisiert werden konnten. Zu beachten ist außerdem, dass die meisten der ab den 1970er Jahren praktizierten Ansätze im Rahmen von Modellprojekten unter den Bedingungen begrenzter Laufzeiten durchgeführt wurden. Zum Abschluss ist zu unterstreichen, dass die außerschulische politische Bildung

immer bestrebt war, längerfristige und wirksame Bildungsprozesse zu organisieren, offen für intensive Kooperationen mit anderen Handlungsfeldern war (Jugendsozialarbeit, Soziale Arbeit, Schulen, Betrieben) und die Stichworte Lebenswelt, Sozialraum, Subjektorientierung – wenn auch teilweise noch nicht in der gegenwärtigen Ausformulierung – zentrale Aspekte der konzeptionellen Debatten waren.

Klaus Waldmann im September 2024

#### *Quellen/Literatur:*

Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in Württemberg (1956): Bericht über Arbeitskreisschulungen. EZA 287 / 20 / 4

Beier, Peter (1984): „Vor Ort“ und „draußen“ – über das Zusammenspiel von Stadtteilarbeit und Bildungsstätte. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. 15. Jg., Heft 3, S. 70-73.

Boll, Friedhelm (1995): Auf der Suche nach Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945. Bonn.

Ermert, Axel (1996): Überlegungen zur Geschichte der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit in den fünfziger Jahren. In: epd-Dokumentation 6/1996, Frankfurt/Main, S. 33-43.

Hüller, Monika; Schneider, Günther (1983): Die Hauptschülerarbeit im Augsburger „Info-Lad’n“. In: Steigerwald, Jutta; Waldmann, Klaus (Hg.): „Was würdet Ihr ohne uns tun?“ Politische Jugendbildung und Berufsnot. Bad Boll, S. 30-40.

Ludwig, Felix unter Mitarbeit von Helmut Bremer (2019): Expertise Aufsuchende politische Bildung. <https://aufsuchende-bildungsarbeit.arbeitundleben.de/material-links/expertise-felix-ludwig-prof-dr-helmut-bremer-universitaet-duisburg-essen-aufsuchende-politische-bildung>

Projektgruppe „Frankfurter Berg“ (Roth, Roland u.a.) (1981): „Eigentlich hatten wir null Bock...“. Jugendbildungsarbeit im Stadtteil. Ein Praxisbericht. Frankfurt/New York.

Roth, Roland (1980): Möglichkeiten politischer Bildung im Stadtteil. In: Materialien zur Politischen Bildung. Sonderheft. S. 37-46.

Schlicht, Hans (1981): Mobile Jugendarbeit in Backesclubs. Ein Modell ländlicher Jugendarbeit. In: deutsche Jugend, 29.Jg., Heft 7, S. 310-317.

Waldmann, Klaus (1980): Stadtteilbezogene Clubarbeit in Stuttgart-Rot. In: Lenz, Wolfgang (Hg.): Sozialarbeit und Politik. Politische Bildung mit arbeitslosen Jugendlichen. Bad Boll, S. 59-75.

Weller, Reinhold (o.J. (1965): Aufbau einer Bereichsarbeit. In: Heiner Hofmann im Auftrag der Evangelischen Trägergruppe für politische Bildung der nichtorganisierten Jugend, Bad Boll, S. 47-51.

In den folgenden vier Publikationen finden sich umfangreiche Hinweise auf weitere Projekte der aufsuchenden, mobilen politischen Jugendbildung:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2000): fit for politics. Projekte lebensweltorientierter politischer Jugendbildung. Redaktion: Uta-Maria Kern; Klaus Waldmann. Bonn. (*Kurzbeschreibung zahlreicher Projekte: S. 99-165*).

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hg.) (1981): Modelle der Jugendarbeit bei der Bewältigung von Sozialisationsproblemen für junge Arbeitslose und Jugendliche, deren berufliche Integration erschwert ist. Schriftenreihe des BMJFG Band 96. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Lenz, Wolfgang (Hg) (1980): Sozialarbeit und Politik. Politische Bildung mit arbeitslosen Jugendlichen. Bad Boll.

Steigerwald, Jutta; Waldmann, Klaus (Hg.) (1983): „Was würdet Ihr ohne uns tun?“ Politische Jugendbildung und Berufsnot. Bad Boll.